

Luiza Licina-Bode, MdB

Wahlkreis 148—Tatkraft für Siegen-Wittgenstein

SPD
Fraktion im
Bundestag

SPD
Fraktion im
Bundestag



Bericht aus Berlin - Dezember 2022 -



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

um in diesen schwierigen Zeiten niemanden allein zu lassen, haben wir als Ampel-Fraktion im Deutschen Bundestag drei Entlastungspakete in Höhe von fast 100 Milliarden Euro geschnürt. Hinzu kommt ein umfassender Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro. Das zeigt: Wir schützen die Bürger:innen und Unternehmen vor hohen Energiepreisen. Damit sie spürbar entlastet werden, gelten die Bremsen rückwirkend – dafür hat sich die SPD in den vergangenen Monaten stark gemacht. Zur Finanzierung der Strompreisbremse werden

wir die Zufallsgewinne am Strommarkt abschöpfen, die durch den hohen Marktpreis bei weitgehend gleich bleibenden Produktionskosten erzielt werden. Zugleich müssen auch Unternehmen aus dem Erdöl-, Gas-, Kohle- und Raffineriebereich ihren Beitrag leisten. Damit die Energie für Wirtschaft und Bevölkerung bezahlbar bleibt, haben wir uns als Ampelfraktion auf Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme geeinigt. Die Energiekrise möchten wir gemeinsam und solidarisch meistern. Ein Abwehrschirm ergänzt die drei Entlastungspakete, die die Bürger:innen bereits mit 100 Milliarden Euro unterstützen.

Abwehrschirm von über 200 Milliarden Euro:

Der Abwehrschirm umfasst die **Soforthilfe Dezember**, bei der privaten Haushalten und Unternehmen mit einem Verbrauch von weniger als 1,5 Millionen Kilowattstunden an Gas oder Wärme im Jahr die vertraglich vereinbarte Voraus- oder Abschlagszahlung im Dezember 2022 erlassen wird. Diese Entlastung überbrückt die Zeit bis zur Einführung der Gaspreisbremse zum 1. März 2023.

Die **Gas- und Fernwärme-Preisbremse** gilt für private Haushalte und Unternehmen vom 1. März 2023 bis 30. April 2024. Im März werden rückwirkend auch die Entlastungsbeträge für Januar und Februar 2023 angerechnet. Für Haushalte und Unternehmen mit einem jährlichen Gasverbrauch unter 1,5 Millionen Kilowattstunden sowie Pflegeeinrichtungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen ist geplant, den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen (Fernwärme 9,5 Cent). Unternehmen mit einem Gasverbrauch von mehr als 1,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr erhalten einen Garantiepreis von 7 Cent pro Kilowattstunde für 70 Prozent ihrer bisherigen Verbrauchsmenge (bezogen auf den Verbrauch im Jahr 2021). Zugleich sorgen wir dafür, dass Anreize zum Gaseinsparen aufrechterhalten werden. Bei Heizarten, die nicht aus der Leitung kommen (z.B. Öl, Pellets, Briketts), können 80 Prozent der Preissteigerungen, die das Zweifache des durchschnittlichen Vorjahrespreises übersteigen, erstattet werden.

Weiterhin ist die **Strompreisbremse** Teil des Abwehrschirms und gilt für private Haushalte und Unternehmen vom 1. März 2023 bis 30. April 2024. Im März werden rückwirkend auch die Entlastungsbeträge für Januar und Februar 2023 angerechnet. Haushalte sowie kleinere Unternehmen, die weniger als 30.000 Kilowattstunden Strom im Jahr verbrauchen,



chen, erhalten 80 Prozent ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Brutto-
preis von 40 Cent pro Kilowattstunden. Verbraucht man mehr als 80 Prozent, fällt für jede
weitere Kilowattstunde der neue hohe Preis im Liefervertrag an. Das bedeutet: Auch hier
lohnt es sich, Strom zu sparen. Unternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 30.000
Kilowattstunden im Jahr erhalten 70 Prozent ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem ga-
rantierten Netto-Arbeitspreis von 13 Cent pro Kilowattstunde.

Spezielle Unterstützung ist etwa für Krankenhäuser, Unikliniken, Forschungseinrichtungen,
Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleister vorgesehen.

Bürgergeld:

Ab 2023 sorgt das Bürgergeld für mehr Respekt, Sicherheit und neue Chancen. Der Regelsatz
steigt um 53 Euro auf 502 Euro. So ersetzt das neue Bürgergeld die alte Grundsicherung,
Hartz-IV lassen wir damit hinter uns. Künftig greifen zielgerichtete und unbürokratische Hil-
fen für Menschen, die in eine schwierige Lage geraten sind. So erstellt das Jobcenter mit je-
dem und jeder erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gemeinsam einen Plan zur Verbesse-
rung der Teilhabe (Kooperationsplan). Wir bauen eine individuelle und passgenaue Unter-
stützung bei der Arbeitssuche aus. Die Rechte der Arbeitssuchenden werden deutlich ge-
stärkt, ebenso die Weiterbildung. Wir führen ein Weiterbildungsgeld von 150 Euro monatlich
für diejenigen ein, die an einer abschlussbezogenen Weiterbildung teilnehmen und entfristen
die Weiterbildungsprämie. Ziel ist ein stabiles Beschäftigungsverhältnis. Wir regeln nun ge-
setzlich, dass sofortige Leistungskürzungen von 30 Prozent oder mehr so wie auch die Kür-
zung der zu übernehmenden Wohnkosten ausgeschlossen sind und schaffen die härteren
Sanktionen für unter 25-Jährige ab. Auch mit den im Vermittlungsausschuss vereinbarten
Änderungen bei den Mitwirkungspflichten, bei der Karenzzeit und beim Schonvermögen,
bleibt das neuen Bürgergeld ganz überwiegend so, wie wir es mit unseren Koalitionspartnern
vorgesehen haben. Wir wollen mit dem Bürgergeld einen System- und Kulturwandel für
Menschen in schwierigen Lebenssituationen erreichen. Wir brauchen einen Sozialstaat, der
den Menschen hilft, ihre Potentiale zu entwickeln und neue Chancen zu ergreifen.

Das kommt im Neuen Jahr:

Höheres Kindergeld: Das Kindergeld steigt von 219 auf einheitlich 250 Euro für jedes Kind
pro Monat. Das bedeutet für das erste und zweite Kind ein Plus von 31 Euro und für das drit-
te Kind ein Plus von 25 Euro im Monat. Auch der Kinderzuschlag steigt auf 250 Euro monat-
lich.

Mehr Wohngeld für mehr Menschen: Das „Wohngeld Plus“ wird im Januar 2023 eingeführt.
Damit steigt die Leistung um durchschnittlich rund 190 auf 370 Euro pro Monat. Zudem sol-
len deutlich mehr Menschen Wohngeld erhalten. Insgesamt fast zwei Millionen Haushalte –
mehr als drei Mal so viel.

Gerechtere CO₂-Kostenaufteilung: Der CO₂-Preis wird künftig zwischen Mieter:innen und
Vermieter:innen aufgeteilt. Vermieter:innen müssen sich künftig stärker an den CO₂-
relevanten Heizkosten beteiligen. Je weniger klimafreundlich das Gebäude ist, desto mehr
zahlen Vermieter:innen.

AUS DEM BUNDESTAG

.Mehr Verdienst in Midijobs: Bei sogenannten Midi-Jobs steigt die Verdienstgrenze. Midijobber:innen dürfen statt 1.600 künftig 2.000 Euro verdienen. Bis zu dieser Grenze fallen geringere Sozialbeiträge an. Die Grenze für Minijobs wurde bereits im Oktober 2022 auf 520 Euro angehoben.

Höhere Ausbildungsvergütung: Ab Januar 2023 müssen Auszubildende mindestens 620 Euro Mindestausbildungsvergütung erhalten, ein Plus von 35 Euro monatlich.

Zuverdienst bei vorzeitiger Rente: Die Hinzuverdienstgrenzen bei vorgezogenen Alters- und Frührenten werden abgeschafft. Bei einem Ruhestand ab 63 Jahren kann man also künftig unbegrenzt dazu verdienen. Die Regelung betrifft Menschen, die mit 35 Beitragsjahren in Rente gehen, aber die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

Rentenbeiträge steuerlich absetzbar: Die Rentenversicherungsbeiträge sind künftig vollständig von der Steuer absetzbar. 2023 liegt der Rentenbeitragssatz, den sich Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen hälftig teilen, weiterhin bei 18,6 Prozent.

Preisbremsen für Gas, Fernwärme und Strom: Sie treten zwar erst im März 2023 in Kraft, wirken aber rückwirkend zum 1. Januar 2023. Für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs wird ein Gaspreis von 12 Cent pro Kilowattstunde garantiert, bei Strom sind es 40 Cent und bei Fernwärme 9,5 Cent. Wer mehr verbraucht, zahlt den höheren Marktpreis.

Alle Neuerungen findet ihr hier: <https://www.luizalicinaabode.de/gesetzliche-neuregelungen-ab-2023/>

Abgeordnetenbüro Berlin

Sabine Herget

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 / 227-78 603
Fax 030 / 227-237 6803
E-Mail luiza.licina-bode@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bad Laasphe

Sandra Peiser

Ludwig-Koch-Straße 9
57334 Bad Laasphe

Telefon 02752 507 5907
E-Mail luiza.licina-bode.ma03@bundestag.de

Impressum

Luiza Licina-Bode, MdB (V.i.S.d.P.)

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

030 / 227-78 603
030 / 227-237 6803
luiza.licina-bode@bundestag.de

Redaktion: Sandra Peiser
Eva Lannert

Weitere Informationen



AUS DEM WAHLKREIS

Kurz vor der Weihnachtspause gab es Geld für zwei Förderprojekte in meinem Wahlkreis, über die mich sehr gefreut habe.



Beim Gespräch mit dem Vorstand zur Vorstellung der Pläne für die Alte Synagoge

In Bad Laasphe entsteht nun ein für Südwestfalen einmaliger Ort der Erinnerung und des Lernens

Ebenfalls gefördert wird die Sanierung des Warmwasserfreibades in der Gambach. Hier fließen 2.272.596 Euro aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ nach Freudenberg.

Auch hier waren wir wieder gemeinsam unterwegs, um die Förderung des Projektes zu sichern.

Gefördert wird u.a. die Sanierung des Kinderbeckens, des Schwimmerbeckens und der Sprunganlage.

So bekommt der Bad Laasphe Freundeskreises für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. für die geplante Erinnerungsstätte in der Alten Synagoge 378.419 Euro aus dem Förderbereich „Zuschüsse des Bundes für national bedeutsame Kulturinvestitionen. Zusammen mit Laura Kraft habe ich mich in Berlin für eine Förderung des Projektes bemüht. Dank unserer Hartnäckigkeit konnten wir jetzt Förderung für das Projekt sichern.



Besuch des Freibades in Freudenberg

Bereits Ende September konnte sich das Museum für Gegenwartskunst in Siegen über Bundesfördermittel in Höhe von 5.417.859 Euro freuen.

Das zeigt, dass unsere Arbeit in Berlin für den Kreis Siegen-Wittgenstein Früchte trägt. Jedes umgesetzte Projekt steigert die Attraktivität unseres Kreises für Einwohner und Touristen.

AUS DEM WAHLKREIS

Nach einem Jahr als Abgeordnete für den Kreis Siegen-Wittgenstein im Bundestag möchte ich eine erste Bilanz ziehen.

19 Wochen des fast vergangenen Jahres habe ich anlässlich der Sitzungswochen in Berlin verbracht. Diese Wochen sind vollgepackt mit AG- und Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen, Plenardebatten, Gesprächen mit Expert:innen und Interessenvertreter:innen. In Berlin konnte ich zudem zwei BPA-Besuchergruppen und neun Schülergruppen mit zusammen fast 700 Personen zu Gesprächen mit mir und einem Besuch des Reichstages begrüßen. Auch für das kommende Jahr haben sich bereits zahlreiche Schulklassen und politisch interessierte Bürger:innen für Besuche im Bundestag angemeldet.



Ich konnte weiterhin bereits sechs Reden im Bundestag halten, davon vier in meinen Themenbereichen als Berichterstatterin im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und eine Rede für den Haushalt für Justiz. Alle Reden können auf der Seite des Bundestages abgerufen werden.

In Berlin bin ich Mitglied im Parlamentskreis Fahrrad, im Parlamentskreis

Pferd und im Parlamentskreis Schützenwesen, weiterhin arbeite ich in der Parlamentariergruppe Schienenverkehr und Südosteuropa mit. Diese Gruppen bieten den Rahmen für einen Austausch zu diesen Themen jenseits von Fraktionsgrenzen. Für die SPD-Bundestagsfraktion bin ich als Tierschutzbeauftragte tätig, ich bin ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Rechtsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat und im Verteidigungsausschuss. Für mich sind ab Januar sechs Mitarbeiter:innen tätig, davon vier im Berliner Büro und zwei in meinem Wahlkreisbüro in Bad Laasphe. Ohne mein Team wäre meine Tätigkeit in Berlin und im Wahlkreis nicht möglich, sie sind auch die Ansprechpartner:innen für Termin- und andere Anfragen.

In 2022 habe ich den gesamten Kreis besucht. Dazu gehörten auch Gespräche mit allen Bürgermeister:innen und dem Landrat im Kreis Siegen-Wittgenstein, zahlreiche Besuche von Betrieben, Gespräche mit Vereinen, Interessensverbänden, Bürger:innensprechstunden und Besuchen von Ortsvereinsversammlungen. Dabei habe ich viele interessante Menschen kennengelernt und Neues über meinen Wahlkreis erfahren. Ein besonderes Anliegen ist für mich der Erhalt und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir sind im Vergleich zu anderen Regionen stark benachteiligt. Dafür werde ich mich auch in 2023 engagieren!

ZUM GUTEN SCHLUSS ...

Besucherfahrten aus dem Wahlkreis nach Berlin

Auch für das Jahr 2023 sind mehrere 4-tägige Fahrten für politisch interessierte Bürger:innen nach Berlin vorgesehen. Die Unterbringung erfolgt dabei in der Regel im Doppelzimmer.

Informationsfahrten des Bundespresseamtes

Jede/r Abgeordnete/r hat die Möglichkeit, pro Jahr drei Besuchergruppen mit jeweils 50 politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis nach Berlin einzuladen. Finanziert werden die Informationsfahrten durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA).

Die Planung und Betreuung dieser Fahrten erfolgt in Abstimmung zwischen dem BPA und meinen Mitarbeitenden.

Dabei sind der Besuch von Ministerien und weiteren Regierungsinstitutionen sowie ein Besuch des Bundestages und ein Informationsgespräch mit mir vorgesehen.

Im Jahr 2023 sind an folgenden Terminen BPA-Fahrten vorgesehen:

27.02.2023-02.03.2023 , 15.05.2023-18.05.2023 und 11.12.2023 bis 14.12.2023.

Die Anreise erfolgt mit der Deutschen Bahn oder einem Reisebus, für die Übernachtungen, Fahrten und Mahlzeiten entstehen keine Unkosten.

Die Anmeldung zu den BPA-Fahrten erfolgt bei meiner Mitarbeiterin im Wahlkreis,

Frau Sandra Peiser, unter luiza.licina-bode.ma03@bundestag.de



Ich wünsche Ihnen / Dir eine erholsame Weihnachtszeit sowie für das Jahr 2023 viel Erfolg, Gesundheit und Zufriedenheit.

Luiza Licina